Stand: 15.12.2025 21:53:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8689

"Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8689 vom 27.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9743 des VF vom 26.01.2016
4. Beschluss des Plenums 17/9881 vom 02.02.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 02.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.10.2015 Drucksache 17/8689

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, eine europarechtlich verbindliche Sperrklausel für Europawahlen zu verhindern.

Begründung:

Das Europäische Parlament verabschiedet am 28. Oktober 2015 einen Vorschlag für eine Reform des Europawahlrechts. Gefordert wird nunmehr eine verpflichtende Sperrklausel zwischen drei und fünf Prozent, die in allen EU-Ländern mit einem größeren Kontingent als 26 Europaabgeordneten greifen soll. Tatsächlich hat dies gegenwärtig nur Auswirkungen auf zwei Länder, die keine entsprechenden nationalen Regelungen vorweisen können: Deutschland und Spanien. Angesichts der Abschaffung der Sperrklausel für Europawahlen in Deutschland durch die höchste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, kann eine solche europarechtliche Regelung von deutscher und bayerischer Seite nicht unterstützt werden. Insbesondere sprechen folgende Gründe dagegen:

1. Eine verpflichtende Sperrklausel geht zu Lasten der Wahlrechtsgleichheit der Unionsbürger. Bei einer Zusammensetzung von 28 Mitgliedstaaten, die im Hinblick auf die Bevölkerungsgröße Unterschiede zwischen 0,425 Mio. (Malta) und 81 Mio. (Deutschland) aufweisen, kann die Organisation des Europäischen Parlaments selbstverständlich nicht dem Ziel der Wahlrechtsgleichheit gerecht werden, allerdings führt eine Sperrklausel in Deutschland davon noch weiter weg. War es bei der Europawahl 2014 für den deutschen Wähler möglich, mit knapp 185.000 Stimmen einen Wahlvorschlag in ein Mandat umzumünzen, konnten immerhin noch ca. 250.000 maltesische Wähler, insgesamt sechs Europaabgeordnete bestimmen. Eine geplante verpflichtende Sperrklausel zwischen 3 und 5 Prozent würde in Deutschland bei gleichbleibender Wahlbeteiligung ca. 900.000 bis 1,5 Mio. Stimmen für einen Wahlvorschlag erfordern.
2. Es gibt keine Notwendigkeit Sperrklauseln auf Europäischer Ebene zu regeln, denn es gibt bereits Regeln in beinahe allen Mitgliedstaaten der EU. Auf der einen Seite bestehen in kleineren Mitgliedstaaten faktische Sperrklauseln, da aufgrund eines kleinen nationalen Kontingents schon für das erste Mandat eine hohe Stimmenzahl gewonnen werden muss (z.B. Malta). Auf der anderen Seite gibt es in Summe 15 Mitgliedstaaten, die Sperrklauseln zwischen 3 und 5 Prozent eingeführt haben. Wie eingangs beschrieben sind nur Deutschland und Spanien von der geplanten Regelung betroffen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ist es mehr als fraglich, warum die Europäische Union Sperrklauseln für diese Einzelfälle ohne einen tatsächlich ersichtlichen Bedarf (siehe Punkte 3. und 4. für eine solche Maßnahme vorschreiben soll.
3. Die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments ist ohne eine verpflichtende Sperrklausel in Deutschland und Spanien nicht in Gefahr: Die empirischen Befunde der 8. Wahlperiode zeigen, dass eine fehlende Hürde in Deutschland nicht zu einer höheren Fragmentierung des EPs führte. Neue Parteien traten in der Regel bestehenden Fraktionen bei, weil sie nur hierüber die Politik des Europäischen Parlaments ernsthaft mitgestalten können. Die Fragmentierung im Europaparlament hat sogar abgenommen: Es gibt gegenwärtig nur noch ungefähr die Hälfte der fraktionslosen Abgeordneten im Vergleich zur vorangegangenen Wahlperiode. Die neue und mittlerweile 8. Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ hat keine deutsche oder spanische Beteiligung, so dass das Wahlrecht dieser beiden Länder nicht für die weitere Fragmentierung auf Fraktionsebene verantwortlich ist.
4. Eine erzwungene Sperrklausel für Deutschland und Spanien wird nichts an der heute bestehenden Funktionstüchtigkeit des politischen Systems als Ganzes ändern: Das Bundesverfassungsgericht stellte in seinem Urteil heraus, dass die Sperrklausel für Wähler und Parteien einen

schwerwiegenden Eingriff in die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit darstellt. Es gibt nach deutschem Verfassungsrecht hierfür enge Voraussetzungen. Ein Hauptargument ist auf Landes- und Bundesebene die Gewährleistung einer stabilen Regierung, die immer von einer klaren Mehrheit in den deutschen Parlamenten abhängt. Dies ist nicht der Fall im Europäischen Parlament: Natürlich gibt es eine Wahl der Europäischen Kommission zu Beginn einer Wahlperiode. Aber der entscheidende Unterschied ist die fehlende Möglichkeit, die europäische Exekutive mit einfacher Mehrheit abzuberufen. Eine stabile Mehrheit ist systemisch bedingt nicht erforderlich, zumal Koalitionen hier mit oder ohne Sperrklausel stets fallbezogen von den Konfliktlinien entlang der Fraktionen oder der Präferenzen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten abhängen.

5. Eine Sperrklausel durch die Hintertür wird weitere Wählerfrustration verursachen und Politikverdrossenheit weiter Vorschub leisten: Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 lag mit 47,9 Prozent EU-weit im Mittel – und auch dank des Engagements der Kleinparteien 4,63 Prozent höher als 2009. Gerade durch ihre themenpolitische Konzentration und Vielfalt leisten Kleinparteien einen wertvollen demokratischen Beitrag zur Mobilisierung von Nichtwählern.

NIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer I dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer II abstimmen. Wer der Nummer II des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und eine Gegenstimme aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich gebe noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8684 bis 17/8690 und auf der Drucksache 17/8696 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg (Drs. 17/7274)

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganserer steht schon am Rednerpult. Bitte sehr, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bestehende Verkehrslandeplatz Coburg-Brandensteinsebene verfügt über eine dauerhafte Betriebsgenehmigung und könnte gegebenenfalls auch noch ertüchtigt werden.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Dadurch ist die Region Oberfranken-West ausreichend an den Luftverkehr angeschlossen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes an dem Standort Meeder-Neida gibt es keinen erkennbaren und nachgewiesenen Bedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Gegen den Neubau sprechen noch zahlreiche andere Gründe. Die enorme Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche, die Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser, die Beeinträchtigung geschützter Arten, die Belastung der Anwohner durch Lärm und Luftschadstoffe führen dazu, dass dieses Projekt nicht genehmigungsfähig ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Deswegen haben sich 68 % der Wählerinnen und Wähler, also eine überwältigende Zweidrittelmehrheit, beim Bürgerentscheid am 14. Juni dieses Jahres für einen Austritt des Landkreises Coburg aus der Projektgesellschaft VLP Coburg GmbH ausgesprochen und damit gegen den geplanten Verkehrslandeplatz am Standort Meeder-Neida gestimmt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Aufgrund der veralteten Zahlen und der nicht berücksichtigten Punkte sind die Bau- und die Planungskostenschätzungen viel zu niedrig angesetzt. Der geplante Neubau würde die ohnehin hoch verschuldete Stadt daher einem unkalkulierbaren Haushaltsrisiko aussetzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie bitte? Welche Stadt?)

Doch der Coburger Stadtrat hält in einer unbelehrbaren Allianz aus SPD und CSU trotz all dieser Sachargumente an diesen Plänen fest.

(Jürgen W. Heike (CSU): Oh!)

Die Unbelehrbarkeit gipfelte kürzlich in der undemokratischen Entscheidung, sich bis zum Jahr 2025 an die Projektgesellschaft zu binden und damit ein Bürgerbegehren auszubremsen, welches diesen Irrsinn stoppen wollte.

Doch die Stadt Coburg wird nicht nur von den Unternehmen in dieses Wagnis getrieben, nein, es sind auch die in Aussicht gestellten staatlichen Fördermittel von bis zu 15 Millionen Euro,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

die in dieses Wagnis locken. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die in Aussicht gestellte Förderzusage zurückzuziehen.

Seit der Sommerpause ist ein weiteres Argument hinzugekommen; denn das zuständige Luftamt Nordbayern hält den geplanten Neubau aus luftrechtlichen Gründen für nicht genehmigungsfähig.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Über die Frage, mit welcher Rechtfertigung die CSU-Regierung die Entscheidung des zuständigen Luftam-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.01.2016 **Drucksache 17/9743**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**8689**

Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Streibl**
Mitberichterstatter: **Jürgen W. Heike**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 42. Sitzung am 26. November 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 35. Sitzung am 26. Januar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.02.2016 **Drucksache 17/9881**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8689**, 17/**9743**

Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Regelung zur Berücksichtigung der Dyskalkulie gefordert!
Drs. 17/1619, 17/9744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz in der bayerischen Förderpolitik
Drs. 17/8205, 17/9658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben
Drs. 17/8397, 17/9659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Staatliche Förderung und Beratung zur Reduktion der Milchmenge einsetzen
Drs. 17/8642, 17/9752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

5. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU
Brutto- statt Nettovertrag für die S-Bahn München
Drs. 17/8671, 17/9661 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verankerung einer verpflichtenden Sperrklausel bei Europawahlen im Europarecht verhindern!
Drs. 17/8689, 17/9743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Asylsozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen
Drs. 17/8690, 17/9707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprengstoff-Suchgeräte
Drs. 17/8762, 17/9740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller u.a. SPD
Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen
Drs. 17/8807, 17/9739 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die CSU-Fraktion hat gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen!
Drs. 17/8939, 17/9660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren
Drs. 17/8940, 17/9751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden − Reaktivierungen ermöglichen
Drs. 17/8953, 17/9662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reduktion der Schäden durch Schwarzwild − Schonzeiten für Keiler aufheben
Drs. 17/9059, 17/9753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster u.a. SPD
Technische Fakultät der FAU weiterentwickeln!
Drs. 17/9085, 17/9741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg,
Petra Guttenberger u.a. CSU
Bayern digital: Eine Chance für alle Menschen
Drs. 17/9106, 17/9663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Voraussetzung für Automatisiertes Fahren schaffen – Anforderungen an die Straßeninfrastruktur abklären
Drs. 17/9112, 17/9664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Bezahlbarer Wohnungsbau: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz neu konzipieren und auf wirtschaftlich tragbare Anforderungen zurückführen
Drs. 17/9154, 17/9665 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten
Drs. 17/9230, 17/9666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel
Drs. 17/9232, 17/9670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten
Drs. 17/9259, 17/9668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z